

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Inklusion stärken – nicht aushöhlen**

### **Zum Referentenentwurf für ein inklusives Kinder- und Jugendhilfestrukturreformgesetz**

*Stuttgart, 30. April 2026 – Der Landeselternbeirat Kindertagesbetreuung Baden-Württemberg (LEBK) begrüßt die Stellungnahme des Fachausschusses Inklusion der Bundeselternvertretung (BEVKI) zum Referentenentwurf für ein inklusives Kinder- und Jugendhilfestrukturreformgesetz, der in dieser Woche im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend diskutiert wurde.*

### **Chance für echte Teilhabe nutzen**

Der Referentenentwurf greift zentrale Probleme des bestehenden Systems auf. Die geplante Bündelung von Zuständigkeiten kann den Zugang zu Hilfen vereinfachen und bürokratische Hürden abbauen. Auch der stärkere Fokus auf strukturelle Lösungen ist fachlich nachvollziehbar und grundsätzlich zu begrüßen.

Steffen Ebert, stellvertretender Vorsitzender des LEBK Baden-Württemberg und Vorsitzender des Fachausschusses Inklusion der BEVKI, erklärt dazu:

*„Der positive Ansatz des Referentenentwurfs sollte als Chance und als wichtiger Schritt hin zu echter Teilhabe verstanden werden. Dieses Potential darf nun nicht durch geplante Sparüberlegungen verspielt werden.“*

### **Erheblicher Klärungsbedarf bei der Umsetzung**

Entscheidend wird jedoch sein, wie diese Ansätze konkret ausgestaltet werden. Hier besteht weiterhin erheblicher Klärungsbedarf:

- verbindliche Qualitätsstandards fehlen
- klare Regelungen zur Finanzierung fehlen
- nachvollziehbare Kriterien für den Einsatz individueller Hilfen sind bislang nicht erkennbar

### **Einsparungen senden das falsche Signal**

Besonders kritisch ist, dass parallel zum Referentenentwurf Einsparansätze im Bereich der Eingliederungshilfe und der Teilhabeleistungen diskutiert werden – auch im Bereich der frühkindlichen Bildung. Dadurch entsteht der Eindruck, dass notwendige strukturelle Veränderungen von Beginn an unter Kostenvorbehalt gestellt werden.

Das ist aus fachlicher Sicht problematisch.

### **Inklusion in der frühkindlichen Bildung steht schon heute unter Druck**

Inklusion im frühkindlichen Bereich scheitert bereits heute häufig an den Rahmenbedingungen: fehlendes Personal, unzureichende Zeitressourcen und mangelnde multiprofessionelle Unterstützungssysteme. Werden unter diesen Voraussetzungen Leistungen eingeschränkt, pauschaliert oder budgetiert, hat das unmittelbare Folgen:

- Unterstützungsbedarfe können nicht mehr verlässlich und passgenau gedeckt werden
- Teilhabe wird für Kinder mit erhöhtem Bedarf faktisch eingeschränkt
- Einrichtungen geraten weiter unter Druck, ohne entlastet zu werden

- Familien erleben erneut Unsicherheit und zusätzliche Hürden

Die Folge ist absehbar: Die im Referentenentwurf formulierten Ziele laufen in der Praxis ins Leere.

### **Was jetzt notwendig ist**

Strukturelle, einrichtungsbezogene Unterstützungsmodelle können Inklusion stärken – aber nur, wenn sie tatsächlich aufgebaut, ausgestattet und dauerhaft finanziert werden. Solange diese Voraussetzungen nicht geschaffen sind, bleiben entsprechende Ansätze begrenzt wirksam. Ein inklusives System entsteht nicht durch Umsteuerung unter Sparvorgaben. Bürokratieabbau und bessere Steuerung sind sinnvoll – sie ersetzen jedoch keine ausreichende personelle und fachliche Ausstattung.

### **Unsere Position**

- Die inklusive Weiterentwicklung des SGB VIII muss konsequent und fachlich fundiert umgesetzt werden.
- Strukturelle Angebote müssen verbindlich, flächendeckend und qualitativ gesichert aufgebaut werden.
- Individuelle Hilfen müssen auch künftig im Bedarfsfall verlässlich zur Verfügung stehen.
- Die Finanzierung muss transparent, auskömmlich und langfristig gesichert sein – einschließlich der notwendigen Qualifizierung von Fach- und Unterstützungskräften.

### **Fazit**

Der Referentenentwurf eröffnet die Chance, Inklusion strukturell zu verbessern. Diese Chance wird jedoch verspielt, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen nicht gleichzeitig geschaffen werden.

**Inklusion darf nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen.**

#### **Über den LEBK:**

*Der Landeselternbeirat Kindertagesbetreuung Baden-Württemberg (LEBK) ist das gewählte Vertretungsgremium der Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege in Baden-Württemberg. Das 2025 erstmals gewählte Gremium besteht aus 20 Vertreter:innen aus allen Regionen des Landes.*

*Der LEBK vertritt die Interessen von Eltern auf Landesebene gegenüber Politik und Öffentlichkeit und berät das Kultusministerium in allen Fragen der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Er setzt sich für eine qualitativ hochwertige, verlässliche und finanziell gerechte Kindertagesbetreuung ein.*

*Der LEBK arbeitet ehrenamtlich, parteipolitisch unabhängig und konstruktiv im Dialog mit allen relevanten Akteuren.*

Mail: [anna.radermacher@lebk-bw.de](mailto:anna.radermacher@lebk-bw.de)

Mobil: 0151 28316999